

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der
Sicherheitspolitischen
Kommissionen
CH-3003 Bern
Tel. ++41 (0)31 322 97 58
Fax ++41 (0)31 322 99 75
www.parlament.ch
sik.cps@pd.admin.ch

Die Sicherheitspolitische

Kommission des Nationalrates in der

48. Legislaturperiode (2007-11)

Inhaltsverzeichnis

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode (2007-11)
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Ausblick: Wichtige Themen in der 49. Legislaturperiode (2011-15) (nach
derzeitigem Kenntnisstand)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44, Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- e. Sie unterbreiten der Konferenz der Präsiden der Aufsichtskommissionen und -delegationen Anträge oder dem Bundesrat Aufträge für Wirksamkeitsüberprüfungen und wirken bei der Schwerpunktsetzung mit.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 und gemäss späteren Änderungen wurden der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-N) folgende Sachbereiche zugewiesen¹:

- Sicherheitspolitik und militärische Verteidigung,
- Zivilschutz,
- Wirtschaftliche Verteidigung,
- Zivildienst,
- Abrüstung und
- Kriegsmaterialexporte.

¹ Durch Bürobeschluss vom 18. November 2011 wird der Zuständigkeitsbereich der SiK-N ab der kommenden Legislatur auf folgende Sachbereiche ausgedehnt: Feuerwaffen, innere Sicherheit und nationaler Sicherheitsverbund, Terrorismusbekämpfung und Koordination der Sicherheitsdienste.

2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode (2007-11)

21 Statistischer Überblick

Die SiK-N hat insgesamt 215 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Anmerkungen
a.	Volksinitiativen	3	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	24	
c.	Berichte des Bundesrates	18	
d.	Mitberichte	3	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	1	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	23	<i>Annahme: 4 Ablehnung: 19</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	0	
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	0	
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa. Iv. / Kt. Iv. 2. Phase, Komm. Iv.)	2	
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. Iv.)	0	
k.	Kommissionsvorstösse	14	<i>12 Motionen und 2 Postulate</i>
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	10	<i>Annahme: 8 (7 ohne Änderungen, 1 mit Änderungen), Ablehnung: 2</i>
m.	Petitionen	5	
n.	Interne Geschäfte	105	
o.	Spezialfälle	6	
	Total	215	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

- [08.026](#) n Zivildienstgesetz und Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe. Änderung
- [08.027](#) n Militärgesetz und Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme. Änderung der Militärgesetzgebung
- [08.060](#) n Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten. Volksinitiative
- [09.029](#) n WEF 2010-2012 in Davos. Einsatz der Armee im Assistenzdienst
- [09.038](#) sn Operation NAVFOR Atalanta. Assistenzdienst im Ausland sowie Änderung des Militärgesetzes
- [09.044](#) sn Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Änderung des Waffengesetzes
- [09.063](#) s Militärgesetz. Änderung
- [09.098](#) n Für den Schutz vor Waffengewalt. Volksinitiative
- [10.059](#) s Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht
- [10.078](#) n Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz. Teilrevision
- [10.089](#) s Armeebericht 2010
- [10.095](#) s Zivile Friedensförderung. Rahmenkredit 2012-2015 für drei Genfer Zentren
- [10.098](#) s Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes
- [10.099](#) s Zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS. Rahmenkredit 2012-2015
- [11.035](#) s Uno-Feuerwaffenprotokoll. Umsetzung. Waffengesetz. Änderung
- [11.036](#) s Übereinkommen über Streumunition. Kriegsmaterialgesetz. Änderung

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft, des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Zugang z. B. über den obigen Link) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

Die Kommission hat in der Berichtsperiode die zwei Grundlagendokumente der Schweizer Sicherheitspolitik, den Sicherheitspolitischen Bericht 2010 (10.059 s) und den Armeebericht 2010 (10.089 s), geprüft. Wie von den SiK nach der Armeereform XXI gefordert, konsultierte der Bundesrat das Parlament erstmals bereits in der Anfangsphase der Armeereform. Die Räte verständigten sich schnell auf die künftige Ausgestaltung der Armee (100'000 Armeeangehörige, vollständig ausgerüstet, mit der Hauptaufgabe, subsidiäre Einsätze zugunsten der zivilen Behörden durchzuführen, dabei Wahrung der Kernkompetenz in Sachen Verteidigung). Lange Zeit umstritten war hingegen die Frage der Finanzierung. Schlussendlich setzte sich der Vorschlag der SiK-N durch, ab 2014 für das VBS einen jährlichen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken festzulegen. Mit diesem Betrag sollen die neue Armee, der Kauf von neuen Kampfflugzeugen und die Beseitigung der Ausrüstungslücken des Heeres finanziert werden.



In der ersten Hälfte der Legislatur hatte das Parlament einen Entwurf zur Revision des Militärgesetzes ([08.027 n](#), Vorlage 1) abgelehnt. Umstritten waren in erster Linie die Ausbildung und der Einsatz von Armeeangehörigen im Ausland (Einführung der Pflicht einer Auslandsausbildung für das Milizpersonal und der Pflicht einer Auslandsausbildung und eines Auslandseinsatzes für das Berufspersonal) sowie das parlamentarische Genehmigungsverfahren bei Friedensförderungs- und Assistenzdiensten. Während der Ständerat in weiten Teilen der Vorlage des Bundesrates folgte, widersetzte sich ihr der Nationalrat in wesentlichen Punkten und lehnte schliesslich die Vorschläge der Einigungskonferenz in der Sommersession 2009 ab. Diese Ablehnung zeugte von einem wachsenden Widerstand gegen militärische Auslandseinsätze. So lehnte es der Nationalrat in der Herbstsession 2009 zweimal ab, Einheiten der Armee zur Unterstützung der EU-Operation NAVFOR Atalanta zu entsenden ([09.038 sn](#)). Zweck dieser Operation ist die Bekämpfung der Piraterie auf hoher See, insbesondere am Horn von Afrika. Der Ständerat war als Erstrat in den meisten Punkten den Vorschlägen des Bundesrates gefolgt und auch die SiK-N hatte ihrem Rat zweimal empfohlen, auf die Vorlage einzutreten. Doch der Nationalrat folgte dieser Empfehlung nicht, wodurch das Geschäft endgültig erledigt war. Seitdem beschränken sich die Auslandseinsätze der Schweizer Armee im Wesentlichen auf die Beteiligung an der KFOR, eine Beteiligung, die vom Parlament bis Ende 2014 verlängert worden ist (10.098).

Parallel dazu befasste sich das Parlament mit einer umfassenden Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (ZDG; [08.026 n](#)), in deren Rahmen die Gewissensprüfung abgeschafft und der sogenannte Tatbeweis eingeführt wurde. Seitdem genügt als Beweis für das Vorliegen eines Gewissenskonflikts die Bereitschaft, einen Zivildienst zu leisten, der eineinhalbmal so lange dauert wie der Militärdienst. Diese Regelung trat am 1. April 2009 in Kraft. Die enorme Zunahme der Zivildienstgesuche (von knapp 2000 im Jahr 2008 auf über 7000 in 2009 und 2010) veranlasste die SiK-N, eine parlamentarische Initiative zur erneuten Änderung des Gesetzes einzureichen. Der Ständerat sprach sich allerdings letztlich gegen eine sofortige Revision aus und wollte erst einmal die Auswirkungen der auf Verordnungsebene ergriffenen Massnahmen abwarten, die grösstenteils per 1. Februar 2011 in Kraft gesetzt wurden. Seither ist das Gesuchsformular nicht mehr im Internet abrufbar (sondern wird auf Anfrage zugestellt), muss das Gesuch nach vier Wochen bestätigt werden, ist die Wahl der Einsatzmöglichkeiten eingeschränkt, muss der lange Einsatz innert drei Jahren ab Zulassung abgeleistet werden und sind die Spesenentschädigungen für Zivildienstleistende von Einsatzbetrieben, die keine Naturalleistungen erbringen können, annähernd halbiert.

Das Parlament nahm ausserdem eine Teilrevision des Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes (BZG) an (10.078 s), mit der zwei nennenswerte Änderungen vorgenommen wurden: Zum einen wurde die maximale Leistungsdauer von Schutzdienstpflichtigen auf 40 Tage pro Jahr und die Gesamtdauer von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft auf 21 Tage pro Jahr begrenzt. Zum anderen wurde die

Schutzraumpflicht gelockert; Schutzräume müssen fortan nur noch bei grossen Überbauungen errichtet werden. Gleichzeitig wurden die Ersatzbeiträge reduziert.

Des Weiteren befasste sich die SiK-N mehrmals mit Fragen im Bereich der Feuerwaffen, sei es im Zusammenhang mit der Umsetzung der geänderten EG-Waffenrichtlinie im Schweizer Recht (Übernahme und Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, [09.044](#) sn) oder aber im Rahmen der Behandlung zahlreicher Vorstösse zu den Themen Ordonnanzwaffen, Taschenmunition oder zu Waffenfragen im Allgemeinen. Der Nationalrat führte im Übrigen am 16. März 2009 eine separate Debatte zu Waffenfragen durch ([AB 2009 N 383-400](#)). Schliesslich befassten sich die beiden SiK auch mit der Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» ([09.098](#) n; siehe dazu auch das Dossier «Ordonnanzwaffen und Taschenmunition»). Sie interessierten sich in diesem Zusammenhang vor allem für die Massnahmen, die von der Armee seit 2010 ergriffen worden sind, um den Missbrauch von Feuerwaffen einzuschränken.

Die weiteren von der Kommission behandelten Erlassentwürfe betrafen vor allem die Kredite für die zivile Friedensförderung, die jährlichen Rüstungs- und Immobilienprogramme des VBS sowie die Berichte über die privaten Sicherheitsfirmen und über die Eidgenössische Zollverwaltung (Fragestellungen rund ums Grenzschutzkorps).

23 Ausarbeitung von Vorlagen

Die SiK-N hat im Berichtszeitraum folgende Vorlagen ausgearbeitet:

- [05.436](#) n Pa. Iv. Burkhalter. Neues Verfahren für die Rüstungsprogramme
- [06.447](#) n Pa. Iv. Fraktion V. Strategiebericht als Grundlage der Sicherheitspolitik der Schweiz
- [09.405](#) n Pa.Iv. Eichenberger. Verbesserte Erkennung jugendlicher Straftäter bei der Armee-Rekrutierung

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft, des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Zugang z. B. über den obigen Link) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

Die Initiative Burkhalter wollte einen Vierjahreskredit für die Rüstungsbeschaffung und parallel dazu eine Aktualisierung des Sicherheitspolitischen Berichts einführen. Die Initiative der SVP-Fraktion verlangte, dass der Bundesrat der Bundesversammlung einmal pro Legislatur einen Strategiebericht vorlegt.

Beide Initiativen wurden in der SiK-N im Herbst 2006 und Anfang 2007 behandelt. Die Kommission beschloss damals, beiden Initiativen Folge zu geben und sie in Zukunft gemeinsam zu behandeln. Die SiK-S stimmte diesem Beschluss im Frühjahr 2007 zu.

Die mit der Erarbeitung einer Vorlage beauftragte Subkommission schloss ihre Arbeit im April 2008 ab und die SiK-N genehmigte deren Bericht an ihrer Sitzung vom 8. Mai 2008. Die Mehrheit wollte einen Sicherheitspolitischen Bericht alle vier Jahre, war aber gegen Vierjahreskredite für die Rüstungsbeschaffung. Der Ständerat sprach sich schliesslich gegen die Idee eines institutionalisierten Sicherheitspolitischen Berichtes aus und die Vorlage wurde somit von der Geschäftsliste gestrichen.

Die Kommission schlug ausserdem vor, das Strafgesetzbuch so zu ändern, dass alle schweren Gewaltdelikte von Jugendlichen im Strafregister eingetragen werden, selbst wenn keine Freiheitsstrafe beziehungsweise Einschliessung verhängt wird. Dadurch soll die Armee Zugang zu diesen Informationen haben und sie bei der Rekrutierung berücksichtigen können. Insbesondere soll verhindert werden, dass jungen Stellungspflichtigen, deren Gewaltpotential erwiesen ist, eine Feuerwaffe ausgehändigt wird.

24 Erlassentwürfe des andern Rates

Es gab keine Erlassentwürfe des anderen Rates zu beraten.

25 Vorprüfungen

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat im Berichtszeitraum 23 parlamentarische Initiativen aus dem eigenen Rat vorgeprüft (zu folgenden Themenbereichen: Waffen, Armeeführung und Zivilschutz, Kriegsmaterialgesetz, Schutzbauten, private Sicherheitsfirmen, Zivildienst und Rüstungsprogramme).

In 19 Fällen stellte die Kommission keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf fest. In vier dieser Fälle ([08.455](#) n Pa. Iv. Heer. Reduktion bei den Zivilschutzdienstleistungen, [05.466](#) n Pa. Iv. Schlüer. Beschlussfassung über das alljährliche Rüstungsprogramm, [05.400](#) n Pa. Iv. Kohler. Zivilschutz. Aufhebung der Pflicht zum Bau von privaten Schutzräumen und [05.452](#) n Pa. Iv. Dupraz. Revision des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial) entschied der Rat entgegen dem Antrag der SiK-N, der Initiative Folge zu geben. Alle vier Initiativen wurden letztlich vom Ständerat abgelehnt.

Gesetzgeberischen Handlungsbedarf sah die SiK-N jedoch in Sachen Zivildienst (parlamentarische Initiativen [09.478](#) n, [10.481](#) n und [10.528](#) n) sowie beim Personalbestand des Grenzwachtkorps (Pa.Iv. [10.515](#) Reymond). Stimmt die SiK-S den beiden letztgenannten Initiativen zu, kann die SiK-N mit den Arbeiten beginnen.

Aus dem Ständerat hatte die Kommission keine Initiativen vorzuprüfen.

Standesinitiativen wurden keine vorgeprüft.

26 Vorstösse

Die SiK-N war in der 48. Legislatur sehr aktiv und hat zwölf Motionen und zwei Postulate ausgearbeitet. Im Zentrum standen dabei die Themen private Sicherheitsfirmen, Internetkriminalität und -sicherheit, Sicherheit der Infrastrukturen und Zivildienst. Ausserdem forderte sie den Bundesrat auf, seinen Beschluss zu überdenken, das Verfahren zum Kauf neuer Kampfflugzeuge bis 2015 zu sistieren.

Hinzu kam die Beratung von zehn Motionen des Ständerates, von denen sieben angenommen wurden. Im Vordergrund standen dabei die Themen Streumunition und Internetkriminalität.

27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination

Neben den von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäften befasste sich die SiK-N im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d Parlamentsgesetz (siehe oben) mit verschiedenen aktuellen Problemen aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Zu den behandelten Themen oder den durchgeführten Aktivitäten zählten unter anderem:

- Die *sicherheitspolitischen Seminare*, die von der Kommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Bruno Zuppiger eingeführt wurden. Zu diesen zweitägigen Seminaren werden politische Verantwortungsträger, Vertreter von Institutionen und Experten eingeladen, um ein bestimmtes Thema eingehend zu erörtern. Das erste Seminar fand Ende August 2009 statt und befasste sich mit der Rüstungspolitik des Bundes, das zweite im Mai 2011 hatte den nationalen Sicherheitsverbund zum Thema.
- Aussprachen mit den Vorsteherinnen und Vorstehern von VBS, EJPD und EFD sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone über die Reorganisation der inneren Sicherheit und die Schaffung des nationalen Sicherheitsverbunds.
- Aussprachen mit dem Vorsteher VBS im Jahr 2009 zu den Mängeln in Armee und Departement («Bericht zu den Herausforderungen der Armee» sog. Mängelliste inkl. Lehren aus der Armeestabsrahmenübung STABILO) sowie über die Weiterentwicklung der Armee. Diese Aussprachen mündeten in dem Beschluss, halbjährlich über den Zustand der Armee und der Militärverwaltung sowie über die ergriffenen Verbesserungsmassnahmen zu berichten.
- Eine Sondersitzung zur „Affäre“ rund um den Chef der Armee Roland Nef. Die SiK-N zeigte sich bezüglich des Ablaufs des Wahlverfahrens inklusive

Personensicherheitsüberprüfung nicht zufrieden und wandte sich an die GPK-N. Sie stellte den Antrag, die Umstände der Wahl von Armeechef Roland Nef zu untersuchen, darüber zu berichten und allenfalls Empfehlungen zur Verbesserung des Wahlverfahrens abzugeben. Den entsprechenden Bericht legte die GPK-N am 28. November 2008 ([Bericht der GPK-N](#)) vor. Sie gab darin insbesondere sechs Empfehlungen an den Bundesrat ab, welche einerseits das Auswahlverfahren und die Abgangsentschädigungen, andererseits aber vor allem auch die Personensicherheitsprüfung sowie die dazu nötigen Strukturen betreffen. [Die Stellungnahme des Bundesrates](#) zu den Empfehlungen erfolgte am 22. April 2009.

- Rüstungsfragen: Die SiK-N setzte sich mit diversen Rüstungsfragen auseinander, so insbesondere auch im Bereich der Luftwaffe, mit Blick auf die anstehende Beschaffung neuer Kampfflugzeuge als Teilersatz für die Tiger F-5.
- Militärische Immobilien: Die Kommission befasste sich wiederholt mit nachhaltigem Gebäudemanagement (Immobilienplanung, Unterhalt, Mietkostenverrechnung zulasten der Nutzer, Nutzung erneuerbarer Energien etc.).
- Informations- und Truppenbesuche: Fünf hierfür gebildete Subkommissionen der SiK-N führen jedes Jahr eine Reihe von Besuchen durch. Bei diesen traditionellen und gut bewährten Informations- und Truppenbesuchen geht es einerseits darum, mit den Armeeangehörigen und den Verantwortlichen direkt ins Gespräch zu kommen und einen Eindruck betreffend die weitere Umsetzung der Armee XXI bzw. des Entwicklungsschrittes 2008-11 sowie betreffend aktueller Themen zu erhalten. Eine Liste der innerhalb der Legislatur 2007-11 durchgeführten Besuche liegt diesem Bericht bei.
- Der Besuch einer Delegation der SiK-N im Kosovo im Mai 2008.
- Der Besuch einer Delegation der SiK-N in Wien beim österreichischen Verteidigungsminister und bei der österreichischen Armee (Oktober 2010) sowie der Gegenbesuch einer Delegation des österreichischen Nationalrates in Bern (März 2011).
- Fünf Konsultationen zu einem Leistungsauftrag, eine Konsultation zu einem abgeänderten Leistungsauftrag (gemäss Art. 44 RVOG) sowie eine Konsultation zur vorläufigen Anwendung eines Staatsvertrages im Bereich der Feuerwaffen.
- Treffen von Delegationen der Kommission (oft zusammen mit der SiK-S) mit ausländischen Delegationen.

Generell kann also gesagt werden, dass die SiK-N bezüglich ihrer Aufgaben im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d Parlamentsgesetz äusserst aktiv war und somit als

gewichtiger Gesprächspartner des VBS auftreten konnte. Dies ermöglichte es der Kommission zuweilen, sich früh in die Diskussionen einzuschalten (beispielsweise bei den Themen Feuerwaffen, Mängelliste der Armee und private Sicherheitsfirmen) und schon von Anfang an die Stossrichtung mitzubestimmen. Dabei wurde die Arbeit der beiden Kommissionen auf bestmögliche Weise koordiniert.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Legislativkommissionen sowie mit den Aufsichtskommissionen und der Geschäftsprüfungsdelegation kann als gut bezeichnet werden. Der Informationsaustausch zwischen den Kommissionen und deren Sekretariaten hat dabei stets gut funktioniert.

Seit 2003 ist zudem die Delegation der Bundesversammlung bei der parlamentarischen Versammlung der NATO ([Delegation NATO-PV](#)) eine ständige Delegation. Ihr gehören die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten beider Sicherheitspolitischen Kommissionen an. Die Delegation nahm an diversen Aktivitäten der NATO-PV teil (insbesondere an den zwei Jahrestagungen). Die NATO-PV-Delegation erstellt jeweils einen eigenen Jahresbericht zuhanden der Räte.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009:
Bruno Zuppiger (SVP, Zürich)
- Präsident Wintersession 2009 - Wintersession 2011:
Jakob Büchler (CVP, St. Gallen)
- Vizepräsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009:
Jakob Büchler (CVP, St. Gallen)
- Vizepräsident Wintersession 2009 - Wintersession 2011:
Max Chopard (SP, Aargau)

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: *Zuppiger, Büchler, Allemann, Borer, Bortoluzzi, Bugnon, Donzé, Eichenberger, Engelberger, Glanzmann, Haller, Hurter Thomas, Lang, Lumengo, Loepfe, Malama, Miesch, Müller Geri, Müller Walter, Perrin, Rielle, Segmüller, Voruz, Widmer, Wyss Brigit*



- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
 - Lachenmeier ersetzt Wyss Brigit seit 15. September 2008;
 - Chopard-Acklin ersetzt Rielle seit 2. März 2009;
 - Schlüer ersetzt Bugnon seit 2. März 2009;
 - Galladé ersetzt Lumengo seit 23. November 2009 ;
 - Birrer-Heimo ersetzt Widmer seit 31. Mai 2010;
 - Streiff-Feller ersetzt Donzé seit 13. September 2010.
- Perrinjaquet ist am 23. März 2009 aufgrund der Aufstockung als 26. Kommissionsmitglied ernannt worden.

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

- Subkommission „Rüstungsprogramme-SIPOL B“; Mitglieder *Büchler*, Engelberger, Lang, Perrin, Widmer; von der Wintersession 2007 bis Sommersession 2008.
- Subkommission „Tiger Teilersatz - TTE“; Mitglieder *Hurter*, Allemann, Donzé (Loepfe), Engelberger, Lang, Widmer (Chopard), Zuppiger; von der Sommersession 2008 bis heute.

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 37 Sitzungen haben 68 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 333 Stunden (4,90 Stunden pro Sitzungstag).

Während den Sessionen fanden insgesamt 6 Sitzungen statt, die insgesamt 9,25 Stunden dauerten (2,30 Stunden pro Sitzungstag).

42 Subkommission(en)

Die insgesamt 36 Sitzungen haben 36 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 117 Stunden (3,25 Stunden pro Sitzungstag).



5 Ausblick

Die wichtigsten sicherheitspolitischen Instrumente werden auch in den kommenden Jahren auf der Tagesordnung stehen. So wird die Umsetzung der vom Parlament in der Herbstsession 2011 gefassten Planungsbeschlüsse zur künftigen Ausgestaltung der Armee, wie z. B. der Beschluss, rasch neue Kampfflugzeuge zu beschaffen (Tiger-Teilersatz, TTE), aller Voraussicht nach eines der zentralen Themen der nächsten Legislatur sein. In diesem Zusammenhang wird die Kommission insbesondere über die Frage der Finanzierung, nicht nur des TTE, sondern auch der künftigen Waffensysteme, zu diskutieren haben. Ein weiterer Schwerpunkt der Kommissionsarbeiten wird der Bevölkerungsschutz sein, der durch das Projekt «Bevölkerungsschutz 2015+» in einem echten *Zivilschutz* umgewandelt werden könnte. Weiterhin beschäftigen wird die Kommission auch die zukünftige Ausgestaltung des Zivildienstes und die Zulassungskriterien zu diesem sowie die Umsetzung des nationalen Sicherheitsverbundes, mit dem die Tätigkeiten der verschiedenen Akteure der inneren Sicherheit koordiniert werden sollen.

BEILAGE – Liste der Informations- und Truppenbesuche 2008 – 2011

2008	
Zusammenarbeit Logistikbasis der Armee / Logistikbrigade 1 / Truppe	Hinwil
Übung Territorialregion 1 - Kantone	Moudon
Fliegertruppe - WK	Sion
Einsatz der Armee im Rahmen EURO 08	Stans und Basel
Übermittlungstruppen	Frauenfeld

2009	
Bevölkerungsschutz / Ausbildung Zivilschutz	Schwarzenburg, Spiez und Eiken
Genfer Zentren (GCSP / GICHHD / DCAF)	Genf
Militärische Sicherheit (Rekrutierung, Organisation, Ausbildung, Führung, praktischer Einsatz)	Sarnen
Zivildienst - Ausbildung und Einsatz	Thun
Grenadier Kommando 1 (inkl. Armee Aufklärungsdetachment 10)	Walenstadt

2010	
WK Zivilschutz (unangemeldet)	Lyss und Aarau
Inf RS 13	Liestal
Übung AEROPORTO 10	Flughafen Zürich
Besuch bei der Österreichischen Armee	Wien
Zentralstelle Historisches Armeematerial Armee	Thun

2011	
Führungsstab der Armee (Hauptquartier)	Bern
Zusammenarbeit Kantonspolizei - GWK	Raum St. Margarethen
Flugplatz Dübendorf	Dübendorf
WK Pz Bat 17	Bure
Rekrutierungszentrum	Rüti ZH

